

ANTRAG

Antragsteller*in: *Lukas Döpel, Julian Fritsch, Yousef Hasan, Sarah Sinkovits, Sophie Wotschke*

Tagesordnungspunkt: *12.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R1: Beschlussfähigkeit Landeskongress

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 § 13 Abs 6 lit g wird wie folgt abgeändert:

4 *g. Der Landeskongress ist genau dann zum eingeladenen Termin beschlussfähig,*
5 *wenn zumindest 20 % der stimmberechtigten Hauptmitglieder – in jedem Fall aber*
6 *mehr als fünf stimmberechtigte Mitglieder – anwesend sind. Sollte dies beim*
7 *angekündigten Termin nicht der Fall sein, so ist der Landeskongress nach einer*
8 *Stunde dann beschlussfähig, wenn zumindest 10 % der stimmberechtigten*
9 *Hauptmitglieder anwesend sind. Kommt keine Beschlussfähigkeit zu Stande, obliegt*
10 *es dem Landesvorstand baldigst einen neuen Termin für den Landeskongress*
11 *festzulegen. Sollten 20% der stimmberechtigten Hauptmitglieder 30 Personen*
12 *übersteigen, ist § 7 Abs 8 sinngemäß für den Landeskongress anzuwenden.*

Begründung

Während beim Bundeskongress für die Beschlussfähigkeit eine absolute Zahl von 30 stimmberechtigten Mitgliedern notwendig ist, müssen bei Landeskongressen 20% der stimmberechtigten Hauptmitglieder anwesend sein. In Wien überstieg diese Zahl zuletzt die Anforderung des Bundeskongresses.

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU: Beschlussfähigkeit Landeskongress

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 § 13 Abs 6 lit g wird wie folgt abgeändert:
4 *g. Der Landeskongress ist genau dann zum eingeladenen Termin beschlussfähig,*
5 *wenn zumindest 20 % der stimmberechtigten Hauptmitglieder – in jedem Fall aber*
6 *mehr als fünf stimmberechtigte Mitglieder – anwesend sind. Sollte dies beim*
7 *angekündigten Termin nicht der Fall sein, so ist der Landeskongress nach einer*
8 *Stunde dann beschlussfähig, wenn zumindest 10 % der stimmberechtigten*
9 *Hauptmitglieder anwesend sind. Kommt keine Beschlussfähigkeit zu Stande, obliegt*
10 *es dem Landesvorstand baldigst einen neuen Termin für den Landeskongress*
11 *festzulegen. Sollten 20% der stimmberechtigten Hauptmitglieder 30 Personen*
12 *übersteigen, ist § 7 Abs 8 sinngemäß für den Landeskongress anzuwenden.*

ANTRAG

Antragsteller*in: *Silvio Junger, Isabell Maurer, Alexander Weyrosta, Gina Plattner, Daniel Höllmüller, Christoph Perner, Simon Galler*

Tagesordnungspunkt: *12.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R2: Behandlung von Änderungsanträgen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 In § 18. Antragsdebatte wird zwischen Absatz 4 und Absatz 5 folgender Absatz
4 hinzugefügt:

5 *(5) Ist der Steller eines Änderungsantrages zum Zeitpunkt der Präsentation des*
6 *Änderungsantrages nicht im Raum, so wird der Änderungsantrag nicht behandelt,*
7 *sofern nicht ein Geschäftsordnungsantrag nach § 19 Abs 4 lit f gestellt wird.*

8 In § 19. Geschäftsordnungsanträge Absatz 4 wird zwischen lit e und lit f
9 folgender Buchstabe hinzugefügt:

10 *f. Behandlung eines Änderungsantrages*

11 Die Nummerierung der folgenden Absätze und Buchstaben in §§ 18 und 19 wird
12 entsprechend angepasst.

Begründung

In jüngerer Vergangenheit wurde die Vorgangsweise bei Abwesenheit der Steller von Änderungsanträgen von den jeweiligen Sitzungspräsidien sehr unterschiedlich gehandhabt. Diese Inkonsistenz schadet einem berechenbaren Ablauf von Bundeskongressen. Im Interesse einer qualitativ hochwertigen Beschlusslage sollen gestellte Änderungsanträge, die von einer Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gutgeheißen werden, auch beschlossen werden können. Wenn sinnvolle Änderungsanträge nicht behandelt werden, weil der Antragsteller nicht im Raum ist, fügt das der JUNOS Beschlusslage einen vermeidbaren Schaden zu. Gleichzeitig ist es im Interesse eines effizienten Ablaufes eines Bundeskongresses, dass Debatten zu Änderungsanträgen, die von einer großen Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder abgelehnt werden, und deren Steller sich nicht einmal im Saal aufhält, kurzgehalten werden. Der

vorliegende Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung stellt einen Kompromiss zwischen diesen divergierenden Zielvorstellungen dar, der gewährleistet, dass wichtige Änderungsanträge behandelt werden können und gleichzeitig effizient geführte Bundeskongresse gefördert werden.

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R3NEU2: Behandlung von Änderungsanträgen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen der Geschäftsordnung
2 vorzunehmen:

3 Nach § 18 Abs 4 wird folgender Absatz eingefügt:
4 (5) Änderungsanträge bedürfen keiner mündlichen Begründung oder Anwesenheit
5 durch den Änderungsantragsteller, um behandelt zu werden.

6 Die bisherigen § 18 Abs 5 ff werden einer entsprechenden neuen fortlaufenden
7 Nummerierung unterzogen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julia Deutsch, Johannes Bachleitner, Peter Berry, Ines Holzegger,
Anna Stürgkh*

Tagesordnungspunkt: *12.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R3NEU: Behandlung von Änderungsanträgen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen der Geschäftsordnung
2 vorzunehmen:

3 Nach § 18 Abs 4 wird folgender Absatz eingefügt:
4 *(5) Änderungsanträge bedürfen keiner mündlichen Begründung oder Anwesenheit*
5 *durch den Änderungsantragsteller, um behandelt zu werden.*

6 Die bisherigen § 18 Abs 5 ff werden einer entsprechenden neuen fortlaufenden
7 Nummerierung unterzogen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Bundesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *12.2 Leitantrag des Bundesvorstands*

LA: Freier Handel für freie Menschen

Antragstext

1 Der Freihandel hat in Europa lange Tradition. Das erste Freihandelsabkommen
2 wurde im Jahr 1703 zwischen England und Portugal geschlossen. Heute herrscht bei
3 kaum einem anderen Thema unter Ökonom:innen ein so breiter Konsens wie beim
4 Thema Freihandel. In einer Umfrage stimmten 87,5 % der amerikanischen
5 Wirtschaftswissenschaftler:innen für eine Beseitigung von Handelshemmnissen und
6 Zöllen[1]. Denn Fakt ist: Freihandelsabkommen schaffen Wohlstand, Beschäftigung
7 und erhöhen den Lebensstandard der jeweiligen Staaten. Zusätzlich ist die
8 internationale Vernetzung von Volkswirtschaften einer der wichtigsten Garanten
9 für Frieden und Wirtschaftswachstum rund um den Globus. Daher sind wir JUNOS -
10 Junge liberale NEOS glühende Verfechter:innen des Freihandels. Doch die EU
11 bleibt in den letzten Jahren immer weiter hinter ihren Zielen zurück. Während
12 andere Staaten immer neue Freihandelsabkommen abschließen, wie etwa NAFTA (USA,
13 CAN & MEX) oder ASEAN China FTA, haben noch immer nicht alle EU-Staaten das
14 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ratifiziert. Auch ein Freihandelsabkommen
15 mit den MERCOSUR-Staaten wird seit 1995 verhandelt.[2] Anfang 2020 scheiterte es
16 am Widerstand Österreichs, das sich damals als einziger Staat dagegen
17 aussprach.[3] Diese kurzsichtige und protektionistische Wirtschaftspolitik führt
18 zu Wohlstandsverlusten, zu höheren Preisen für Konsument:innen und bremst das
19 Wirtschaftswachstum.

20 Kein Veto bei Freihandel

21 Daher fordern wir JUNOS die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat bei
22 der Ratifikation von Freihandelskommen der Europäischen Union. Stattdessen soll
23 eine qualifizierte Mehrheit gem Art 238 (2) AEUV, also 72 % der Mitglieder des
24 Rates (20/27) die min. 65 % der Bevölkerung ausmachen, für eine Ratifikation
25 ausreichen. So kann verhindert werden, dass einzelne Staaten die Unterzeichnung
26 aus populistischen oder wahltaktischen Gründen verhindern können. Sollte unsere
27 Forderung nach einer EU-Regierung umgesetzt werden, so soll diese die Kompetenz
28 zum Aushandeln von Freihandelsabkommen haben.

29 Zudem sollen die Verhandlungen vor Freihandelsabkommen transparenter werden, um
30 so eine größere Akzeptanz der Bürger:innen der EU zu genießen. Ein solcher
31 Prozess ist auch essenziell, um die Wichtigkeit solcher Abkommen sichtbar zu
32 machen. Wie das konkret aussehen soll, ist im Beschluss *Demokratisierung der*
33 *europäischen Außenhandelspolitik*[\[4\]](#) beschrieben.

34 **Abbau von Handelshemmnissen**

35 Zu einer Freihandelspolitik, die den Wohlstand fördert, gehört auch der Abbau
36 tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, insbesondere im Agrarsektor.

37 Diese Barrieren behindern den (freien) Handel mit Drittstaaten und führen zu
38 künstlich hochgehaltenen Lebensmittelpreisen zu Gunsten der mächtigen EU-
39 Landwirtschaftslobby.[\[5\]](#) Durch eine gezielte Senkung können wir die
40 Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarproduzent:innen steigern und gleichzeitig
41 Verbraucher:innen einen besseren Zugang zu einer vielfältigen Auswahl an
42 qualitativ hochwertigen Produkten ermöglichen. Auch die WTO spricht sich gegen
43 Handelshemmnisse aus und setzt sich seit ihrer Gründung 1994 für den Abbau
44 dieser protektionistischen Maßnahmen ein. Diese Vorschriften sind durch die
45 Mitglieder der WTO (somit auch der EU bzw ihrer MS) zu achten.[\[6\]](#)

46 *Kamerun darf Orangensaft und Schokolade zollfrei exportieren, solange der*
47 *(finanzielle) Wert des Zuckers dieser Produkte nicht mehr als 30% beträgt. Damit*
48 *hat Kamerun einen Vorteil gegenüber ärmeren Nachbarn wie dem Tschad oder*
49 *Nigeria. Hier berechnet die EU nicht den Wert des Zuckers im Saft oder der*
50 *Schokolade, sondern das Gewicht.*[\[7\]](#)

51 Durch die Abschaffung eben dieser Barrieren schaffen wir nicht nur Wohlstand für
52 die Menschen in Europa, sondern auch für Menschen in ärmeren Ländern. Es ist
53 nicht zielführend, dass übermäßig subventionierte Lebensmittel aus der EU in
54 manchen Regionen der Erde günstiger sind als jene aus dem eigenen Land und
55 nachhaltig ist das erst recht nicht.

56 **Geistiges Eigentum weltweit schützen**

57 Um funktionierende Freihandelsabkommen zu fördern und Produktpiraterie zu
58 verhindern setzen wir uns für den Schutz des geistigen Eigentums weltweit ein.
59 Eine große Hürde für europäische Unternehmen ist die zunehmende
60 Produktpiraterie, die der europäischen Wirtschaft und der Innovation erheblich
61 schadet. Ein effektiver Schutz des geistigen Eigentums ist nicht nur für die
62 Innovationskraft der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung, sondern
63 auch für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene.

64 Das soll durch einen Handelsgerichtshof, ähnlich dem Internationalen
65 Strafgerichtshof, überwacht und notfalls auch durchgesetzt werden.

66 **Investitionsschutz**

67 Oftmals werden Unternehmer:innen durch unsachliche Maßnahmen im nicht-
68 europäischen Ausland benachteiligt, dies beinhaltet Eigentumsbeschränkungen,
69 zusätzliche Abgaben oder Ausübungs- bzw. Zugangsbeschränkungen. Im Rahmen jedes
70 Freihandelsabkommens soll auch ein Passus enthalten sein, der die getätigten
71 Investitionen vor staatlichen Interventionen schützt. Nur so kann der Handel
72 unter transparenten und fairen Bedingungen für alle Teilnehmer:innen des Marktes
73 gewährleistet werden.

74 **Schutz der Umwelt durch Freihandelsabkommen**

75 Eine wichtige Ergänzung jedes Handelsabkommens ist ein Passus betreffend eine
76 Bepreisung von CO₂, entweder in Form von Emissionshandel oder durch eine
77 Besteuerung jeder ausgestoßene Tonne CO₂. Für Länder, die keines dieser beiden
78 Systeme implementieren, fordern wir CO₂-Zölle, die Ausgleichszahlungen für das
79 ausgestoßene CO₂ eines jeden importierten Produkts darstellen. Primär dient dies
80 dazu das Klima zu schützen und einen Anreiz für nachhaltige Produktionsmethoden
81 zu setzen. Auch ein durch die CO₂-Bepreisung entstehender Nachteil für EU-
82 Unternehmen soll dadurch ausgeglichen werden.[\[8\]](#)

83 **Wohlstand schaffen, Freihandelsabkommen abschließen**

84 Um den Wohlstand in der Europäischen Union auszubauen, fordern wird das
85 Commitment für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Neben einem neuen
86 Anlauf für TTIP mit den Vereinigten Staaten, sollen auch mit den Großmächten
87 China und Indien durch Freihandelsabkommen gemeinsame Regeln sichergestellt
88 werden. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-
89 Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten. Dadurch können
90 wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa
91 erweitert werden.

92 [\[1\]](#) Robert Whaples: *Do Economists Agree on Anything? Yes!* In: *The Economists'*
93 *Voice*. Band 3, Nr. 9, 17. Januar 2006, [ISSN1553-3832](#), [doi:10.2202/1553-3832.1156](#)
94 ([degruyter.com](#) [abgerufen am 11. Februar 2024]).

95 [\[2\]](#) Hartmut Sangmeister: *Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen*
96 *EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz*. Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin 2020, S.
97 3.

98 [\[3\]Kurz verlangt von EU-Kommission Neuverhandlung.](#) In: [faz.net](#). 12. Januar 2020,
99 abgerufen am 8. März 2024

100 [\[4\]https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-](#)
101 [ausserhandelspolitik/](#) , abgerufen am 11.02.2024

102 [\[5\]https://lobbypedia.de/wiki/COPA-](#)
103 [COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%](#)
104 [=](#)
[A4ischen%20Union%20bezeichnet.](#) , abgerufen am 08.03.2024

105 [\[6\]](#)
106 [https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok_detail-](#)
[_file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837](#) , abgerufen am 09.03.2024

107 [\[7\]https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-](#)
108 [exporte-ein-schwindel/](#) , abgerufen am 12.02.2024

109 [\[8\]https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-](#)
110 [machbarkeitsanalyse](#) Zugriff am 15.03.2024

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU: Freier Handel für freie Menschen

Antragstext

1 Der Freihandel hat in Europa lange Tradition. Das erste Freihandelsabkommen
2 wurde im Jahr 1703 zwischen England und Portugal geschlossen. Heute herrscht bei
3 kaum einem anderen Thema unter Ökonom:innen ein so breiter Konsens wie beim
4 Thema Freihandel. In einer Umfrage stimmten 87,5 % der amerikanischen
5 Wirtschaftswissenschaftler:innen für eine Beseitigung von Handelshemmnissen und
6 Zöllen^[1]. Denn Fakt ist: Freihandelsabkommen schaffen Wohlstand, Beschäftigung
7 und erhöhen den Lebensstandard der jeweiligen Staaten. Zusätzlich ist die
8 internationale Vernetzung von Volkswirtschaften einer der wichtigsten Garanten
9 für Frieden und Wirtschaftswachstum rund um den Globus. Daher sind wir JUNOS -
10 Junge liberale NEOS glühende Verfechter:innen des Freihandels. Doch die EU
11 bleibt in den letzten Jahren immer weiter hinter ihren Zielen zurück. Während
12 andere Staaten immer neue Freihandelsabkommen abschließen, wie etwa NAFTA (USA,
13 CAN & MEX) oder ASEAN China FTA, haben noch immer nicht alle EU-Staaten das
14 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ratifiziert. Auch ein Freihandelsabkommen
15 mit den MERCOSUR-Staaten wird seit 1995 verhandelt.^[2] Anfang 2020 scheiterte es
16 am Widerstand Österreichs, das sich damals als einziger Staat dagegen
17 aussprach.^[3] Diese kurzsichtige und protektionistische Wirtschaftspolitik führt
18 zu Wohlstandsverlusten, zu höheren Preisen für Konsument:innen und bremst das
19 Wirtschaftswachstum.

20 Kein Veto bei Freihandel

21 Daher fordern wir JUNOS die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat bei
22 der Ratifikation von Freihandelskommen der Europäischen Union. Stattdessen soll
23 eine verstärkte qualifizierte Mehrheit gem Art 238 (2) AEUV, also 72 % der
24 Mitglieder des Rates (20/27) die min. 65 % der Bevölkerung ausmachen, für eine
25 Ratifikation ausreichen. So kann verhindert werden, dass einzelne Staaten die
26 Unterzeichnung aus populistischen oder wahltaktischen Gründen verhindern können.

27 Sollte unsere Forderung nach einer EU-Regierung umgesetzt werden, so soll diese
28 die Kompetenz zum Aushandeln von Freihandelsabkommen haben.

29 Zudem sollen die Verhandlungen vor Freihandelsabkommen transparenter werden, um
30 so eine größere Akzeptanz der Bürger:innen der EU zu genießen. Ein solcher
31 Prozess ist auch essenziell, um die Wichtigkeit solcher Abkommen sichtbar zu
32 machen. Wie das konkret aussehen soll, ist im Beschluss *Demokratisierung der*
33 *europäischen Außenhandelspolitik* [4] beschrieben.

34 **Abbau von Handelshemmnissen**

35 Zu einer Freihandelspolitik, die den Wohlstand fördert, gehört auch der Abbau
36 tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, insbesondere im Agrarsektor.

37 Diese Barrieren behindern den (freien) Handel mit Drittstaaten und führen zu
38 künstlich hochgehaltenen Lebensmittelpreisen zu Gunsten der mächtigen EU-
39 Landwirtschaftslobby. [5] Durch eine gezielte Senkung können wir die
40 Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarproduzent:innen steigern und gleichzeitig
41 Verbraucher:innen einen besseren Zugang zu einer vielfältigen Auswahl an
42 qualitativ hochwertigen Produkten ermöglichen.

43
44 Auch die WTO spricht sich gegen Handelshemmnisse aus und setzt sich seit ihrer
45 Gründung 1994 für den Abbau dieser protektionistischen Maßnahmen ein. Diese
46 Vorschriften sind durch die Mitglieder der WTO (somit auch der EU bzw ihrer MS)
47 zu achten. [\[6\] Wir lehnen die laufende Unterminierung der WTO durch China und](#)
48 [leider auch die USA ab. Die WTO ist einer der wichtigsten Stützpfeiler für](#)
49 [globalen freien Handel und damit Wohlstand und Armutsbekämpfung auf der Welt.](#)
50 [Die Europäische Union sollte sich dafür einsetzen, die innere Organisation der](#)
51 [WTO zu reformieren, sodass Blockaden von Entscheidungsgremien, wie die](#)
52 [derzeitige, nicht mehr möglich sind, und soll im Rahmen ihrer diplomatischen](#)
53 [Arbeit Druck auf die USA ausüben, dass ihr Mandat im Appellate Body möglichst](#)
54 [rasch nachbesetzt wird.](#)

55 *Kamerun darf Orangensaft und Schokolade zollfrei exportieren, solange der*
56 *(finanzielle) Wert des Zuckers dieser Produkte nicht mehr als 30% beträgt. Damit*
57 *hat Kamerun einen Vorteil gegenüber ärmeren Nachbarn wie dem Tschad oder*
58 *Nigeria. Hier berechnet die EU nicht den Wert des Zuckers im Saft oder der*
59 *Schokolade, sondern das Gewicht. [7]*

60 Durch die Abschaffung eben dieser Barrieren schaffen wir nicht nur Wohlstand für
61 die Menschen in Europa, sondern auch für Menschen in ärmeren Ländern. Es ist
62 nicht zielführend, dass übermäßig subventionierte Lebensmittel aus der EU in

63 manchen Regionen der Erde günstiger sind als jene aus dem eigenen Land und
64 nachhaltig ist das erst recht nicht.

65 **Geistiges Eigentum weltweit schützen**

66 Um funktionierende Freihandelsabkommen zu fördern und Produktpiraterie zu
67 verhindern setzen wir uns für den Schutz des geistigen Eigentums weltweit ein.
68 Eine große Hürde für europäische Unternehmen ist die zunehmende
69 Produktpiraterie, die der europäischen Wirtschaft und der Innovation erheblich
70 schadet. Ein effektiver Schutz des geistigen Eigentums ist nicht nur für die
71 Innovationskraft der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung, sondern
72 auch für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene.
73 Das soll durch einen Handelsgerichtshof, ähnlich dem Internationalen
74 Strafgerichtshof, überwacht und auch durchgesetzt werden.

75 **Investitionsschutz**

76 Oftmals werden Unternehmer:innen durch unsachliche Maßnahmen im nicht-
77 europäischen Ausland benachteiligt, dies beinhaltet Eigentumsbeschränkungen,
78 zusätzliche Abgaben oder Ausübungs- bzw. Zugangsbeschränkungen. Im Rahmen jedes
79 Freihandelsabkommens soll auch ein Passus enthalten sein, der die getätigten
80 Investitionen vor staatlichen Interventionen schützt. Nur so kann der Handel
81 unter transparenten und fairen Bedingungen für alle Teilnehmer:innen des Marktes
82 gewährleistet werden.

83 **Wettbewerb statt Merkantilismus**

84 In den letzten Jahren wurde die weltweite Handelspolitik von einer
85 fehlgeleiteten Neuaufgabe des Merkantilismus geprägt. Wohlmeinende
86 vorausschauende Staatsbeamte verteilen freihändig Subventionen und andere
87 Begünstigungen an heimische Unternehmen, die man als sogenannte "national
88 champions" aufbauen möchte. Diese sollen dann weltweit mit den "champions"
89 anderer Staaten konkurrieren. Das ist eine kapitale Fehlentwicklung und Abkehr
90 von der Grundidee des Freihandels und des Vertrauens in den Mehrwert von freiem
91 Wettbewerb. Weder wissen Staaten, welche Branchen oder Unternehmen in Zukunft
92 erfolgreich sein werden, noch haben Staatsbedienstete bzw. Politiker den nötigen
93 Weitblick und "skin in the game" hierfür. Wir JUNOS – Junge liberale NEOS
94 stellen uns deswegen entschieden gegen diese Tendenz und setzen uns sowohl in
95 Österreich als auch der Europäischen Union und innerhalb der WTO für ein
96 strenges und restriktives Subventionsregime sowie eine Rückkehr zu den
97 Grundsätzen der freien Marktwirtschaft ein.

98 **Schutz der Umwelt durch Freihandelsabkommen**

99 Eine wichtige Ergänzung jedes Handelsabkommens ist ein Passus betreffend eine
100 Bepreisung von CO₂, entweder in Form von Emissionshandel oder durch eine
101 Besteuerung jeder ausgestoßene Tonne CO₂. Für Länder, die keines dieser beiden
102 Systeme implementieren, fordern wir CO₂-Zölle, die Ausgleichszahlungen für das
103 ausgestoßene CO₂ eines jeden importierten Produkts darstellen. Dies dient dazu,
104 das Klima zu schützen und einen Anreiz für nachhaltige Produktionsmethoden zu
105 setzen. Auch ein durch die CO₂-Bepreisung entstehender Nachteil für EU-
106 Unternehmen soll dadurch ausgeglichen werden. [8]

107 **Unser engster Partner: Verlassen aber nicht verloren**

108 Als Europäische Union müssen wir die Entscheidung der britischen Bevölkerung,
109 die Europäische Union zu verlassen, leider zur Kenntnis nehmen. Es ist
110 allerdings im Interesse sowohl Europas als auch des Vereinigten Königreichs,
111 dass Handelsbeziehungen möglichst reibungsfrei gestaltet werden. Wir fordern
112 sowohl die Europäische Union als auch das Vereinigte Königreich dazu auf, im
113 Rahmen des Windsor Frameworks den Freihandel zu priorisieren und alle möglichen
114 Barrieren abzubauen.

115 **Wohlstand schaffen, Freihandelsabkommen abschließen**

116 Um den Wohlstand in der Europäischen Union auszubauen, fordern wir das
117 Commitment für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Neben einem neuen
118 Anlauf für TTIP mit den Vereinigten Staaten, sollen auch mit den Großmächten
119 Volksrepublik China und Indien durch Freihandelsabkommen gemeinsame Regeln
120 sichergestellt werden, wobei konsequent der Grundsatz der Reziprozität gewahrt
121 werden muss.. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-
122 Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten, Staaten auf dem
123 afrikanischen Kontinent und der Afrikanischen Union. Dadurch können
124 wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa und in
125 anderen Kontinenten dieser Welt erweitert werden.

126 [1] Robert Whaples: *Do Economists Agree on Anything? Yes!* In: *The Economists'*
127 *Voice*. Band 3, Nr. 9, 17. Januar 2006, [ISSN1553-3832](#), [doi:10.2202/1553-3832.1156](#)
128 ([degruyter.com](#) [abgerufen am 11. Februar 2024]).

129 [2] Hartmut Sangmeister: *Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen*
130 *EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz*. Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin 2020, S.
131 3.

132 [\[3\]Kurz verlangt von EU-Kommission Neuverhandlung.](#) In: [faz.net](#). 12. Januar 2020,
133 abgerufen am 8. März 2024

134 [\[4\]https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-](#)
135 [ausserhandelspolitik/](#) , abgerufen am 11.02.2024

136 [\[5\]https://lobbypedia.de/wiki/COPA-](#)
137 [COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%](#)
138 [_](#)
[A4ischen%20Union%20bezeichnet.](#) , abgerufen am 08.03.2024

139 [\[6\]](#)
140 [https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok_detail-](#)
[_file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837](#) , abgerufen am 09.03.2024

141 [\[7\]https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-](#)
142 [exporte-ein-schwindel/](#) , abgerufen am 12.02.2024

143 [\[8\]https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-](#)
144 [machbarkeitsanalyse](#) Zugriff am 15.03.2024

ANTRAG

Antragsteller*in: Daniel Szankovich, David Burits, Siegfried Plescher

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A1: Ende der Buchpreisbindung

Antragstext

1 Momentan liegt der Preis eines Buches fest in der Hand der Verleger. Der Anteil
2 am Buchpreis für den Autor beträgt zum Beispiel 5%, für den Versand ganze 10%
3 und für mögliche „Rabatte“ bleiben 10% übrig, von denen der Endkonsument in den
4 meisten Fällen nichts abbekommen wird.

5 Faktisch bestimmen die Verleger darüber, welches Buch wir zu welchem Preis
6 kaufen werden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in Ländern wie Deutschland
7 oder Frankreich, existiert eine Buchpreisbindung, zu Lasten der Endverbraucher.

8 Auch Studenten von Lehrgängen wie beispielsweise Rechtswissenschaften, leiden
9 unter den von einzelnen Verlegern festgelegten Preisen für Rechtsmaterial,
10 obwohl der Druck in einem Copy-Shop oftmals nur ein Viertel davon kosten würde.

11 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Abschaffung der
12 Buchpreisbindung in Österreich ein.

13 Durch die Abschaffung würden die Preise der Bücher vom freien Markt bestimmt
14 werden, was dazu führen würde, dass durch das Prinzip von „Angebot-und-
15 Nachfrage“ es bei einigen Büchern zu günstigeren Preisen für den Endverbraucher
16 kommen könnte.

17 Das Argument der Buchpreisbindung, es würde das Buch als Kulturgut schützen, hat
18 bei der heutigen Vielzahl an Werken, welche meist primär der Unterhaltung
19 dienen, nicht wirklich Relevanz. Des Weiteren, würde man diesen Gedanken
20 weiterdenken, müssten auch Musik/Bilder/Filme/usw. einer Preisbildung
21 unterliegen, da diese indirekt auch ein gewisses „Kulturgut“ sind. Und selbst
22 wenn Buchklassiker, wie Marx, nur circa 8€ kosten, so gibt es trotz
23 verschiedener Verleger nicht die Möglichkeit, beispielsweise aus einem
24 billigeren Modell mit z.B. einfacherem Einband zu wählen.

25 Die deutsche Monopolkommission fordert ebenfalls das Ende der Buchpreisbindung.
26 Der internationale Vergleich zeigt, dass das Buchangebot durch die Preisbindung
27 nicht größer wird. In Frankreich etwa gibt es eine Preisbindung, aber es wird
28 wenig verlegt als im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien.

29 In Großbritannien wurde die Buchpreisbindung 1995 abgeschafft. Jährlich finden
30 zahlreiche neue Titel den Weg in die Verkaufsregale, Tendenz steigend.

31 Abschließend stellt sich besonders bei E-Books die Frage, inwieweit eine solche
32 Preisbindung aufgrund fehlender Komponenten wie Druck und Versand argumentierbar
33 ist. Zwar sind E-Books aufgrund dieser fehlenden Komponenten billiger als
34 physische Bücher, jedoch bekommt der Autor für ein E-Book nicht mehr Tantiemen,
35 auch wenn die freigewordenen Margen dies zulassen würden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Jakob Dirnböck, Mario Dragnev, Marvin Feigl, Sophie Wotschke, Fabienne Lackner, Terence Nwaeke*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Weitere Anträge*

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

Antragstext

1 „Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere
2 Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf
3 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand
4 entlohnten Unselbständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit
5 übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte
6 um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“[\[1\]](#)

7 Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind
8 erschreckend. Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst
9 also deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich
10 weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies
11 liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für Staatsbedienstete.
12 Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie privatwirtschaftliche Betriebe des
13 Staates seit jeher ein Ort an dem, Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt
14 werden, um den eigenen Einfluss zu sichern. All dies behindert eine effiziente
15 und kostengünstige Verwaltung erheblich und dass obwohl Österreich jährlich
16 14.818.000.000 [\[2\]](#) an die aktiven Staatsbediensteten bezahlt.

17 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen
18 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern
19 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

20 1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung

21 Angestellte und Beamt:innen sind nicht nur teuer sie beziehen auch Pensionen
22 haben Anspruch auf Urlaub und arbeiten nur zu gewissen Zeiten. Daher fordern wir

23 JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren
24 Bürgerinnen und Bürgern mühselig und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern
25 wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler
26 Form anzubieten. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige
27 Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In
28 Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6%
29 und in Japan sogar nur 7,9%[\[3\]](#). Zusätzlich dazu fordern wir ein Ende der de-
30 facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär,
31 Polizei und Justiz arbeiten. Nur so kann eine effiziente und kostengünstige
32 Verwaltung garantiert werden.

33 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

34 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die
35 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen
36 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation und Leistung einer Person über
37 ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das
38 Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

39 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

40 Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im
41 öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie
42 etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich
43 soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten
44 Leistung, bezahlt werden.

45 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die
46 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen
47 hat, unnötig erhöhen.

48 [\[1\]https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-
49 in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr](https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr)

50 [\[2\]
51 https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-
21.pdf](https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf)

52 [\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A2NEU: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

Antragstext

1 Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst im Mittel
2 deutlich mehr als der/die mittlere Beschäftigte in der Privatwirtschaft.
3 Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte
4 und Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für
5 Staatsbedienstete. Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie
6 privatwirtschaftliche Betriebe des Staates seit jeher ein Ort an dem,
7 Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt werden, um den eigenen Einfluss zu
8 sichern. All dies behindert eine effiziente und kostengünstige Verwaltung
9 erheblich und dass obwohl Österreich jährlich [14.818.000.000\[2\]](#) an die aktiven
10 Staatsbediensteten bezahlt.

11 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen
12 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern
13 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

14 **1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung**

15 Der österreichische Verwaltungsapparat ist aufgeblasen und deshalb teuer und
16 schwerfällig. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich
17 digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselige und zeitintensive
18 Amtswege zu ersparen, fordern wir, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in
19 digitaler Form angeboten werden. Services sollen mittels ones-stop-shop bzw. no-
20 stop-shop abgewickelt werden können. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht
21 zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw
22 aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt,
23 in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur 7,9%[\[3\]](#). Zusätzlich dazu fordern wir
24 ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei
25 Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten.

26 Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

27 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

28 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die
29 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen
30 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation, Eignung und Leistung einer
31 Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren
32 wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

33 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat bei
34 vollen Bezügen für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach
35 österreichischer Rechtslage teilweise noch immer besteht, lückenlos abgeschafft
36 werden.

37
38 Wir fordern daher neue Auswahlverfahren für Personalkommissionen, Personalleihen
39 nur in begründeten Ausnahmefällen, verpflichtende Hearings für
40 Leitungsfunktionen, die Entwicklung eines Einstiegstests ("Concours") für
41 Bewerber:innen bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen und
42 ein Verbot von Doppelfunktionen in Kabinetten und dem öffentlichen Dienst.

43
44 In weiterer Folge fordern wir auch die Abschaffung von Versorgungsposten bzw.
45 sogenannten Scheinjobs im öffentlichen Dienst.

46 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat ohne
47 Entfall der Bezüge für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach
48 österreichischer Rechtslage noch immer besteht, verboten werden.

49 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

50 Der Staat konkurriert als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe, die
51 im Interesse der Republik dienen. Wir als Junge liberale NEOS fordern daher eine
52 Reform der Gehaltslogik im öffentlichen Dienst. Das System der Zulagen soll
53 modernisiert werden, sodass es tatsächliche Leistung transparent belohnt, aber
54 nicht selbstverständlich enthaltene Aufgaben der Kerntätigkeit mit Zulagen
55 verbessert."

56 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die
57 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen
58 hat, unnötig erhöhen.

59
60 Anstatt von höheren Gehältern soll der Staat als Arbeitgeber andere Benefits
61 anbieten, wie flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office, die in der
62 Privatwirtschaft auch üblich werden, um die besten Köpfe anzulocken.

- 63 [\[2\]](#)
- 64 https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf
- 65 [\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

ANTRAG

Antragsteller*in: *Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Weitere Anträge*

A3: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

Antragstext

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige
10 Investitionen benötigen wird.

Ausgangslage:

11
12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer
22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle

27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

28 **Aktuelle Situation:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die
49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

53 (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158)

54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

58 **1. Nationalstaatliche Ebene:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation

61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.
63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die
66 Inflation nur noch weiter an.

67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

71 **2. EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,
74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch
75 danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. (<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whyji.pdf>)
78 Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen
79 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die
80 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,
81 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.

82 **Forderungen:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

86 **Nationalstaatliche Ebene:**

- 87 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern
95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur

97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation
98 kontraproduktiv.

- 99 • Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die
100 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente
101 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.

- 102 • Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte
103 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.
104 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die
105 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

- 106 • Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-
107 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum
108 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland
109 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel
110 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss
111 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine
112 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den
113 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,
114 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.

- 115 • Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,
116 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche
117 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.

- 118 • Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,
119 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise
120 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

121 **EU-Ebene:**

- 122 • Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines
123 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in
124 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.
125 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während
126 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten
127 Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele
128 vorzuziehen.

- 129 • Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute
130 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen

131 für die Union zu beschaffen.

- 132 • Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise
133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

136 **EZB:**

- 137 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
- 146 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
- 149 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine
152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu
153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden
156 werden.

ANTRAG

*Antragsteller*in:* Johannes Sablatnig

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A4: Mehr Urlaub, weniger Feiertage

Antragstext

1 In Österreich gibt es 13 staatliche Feiertage. Wir Junge liberale NEOS –
2 JUNOS fordern die Abschaffung aller staatlichen Feiertage. Im Gegenzug sollen
3 Schulen zehn weitere schulautonome Tage und Arbeitnehmer_innen Anspruch auf zwei
4 weitere bezahlte Urlaubswochen bekommen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Christoph Perner*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Weitere Anträge*

A5: Dem Ehrenamt wieder Ehre geben

Antragstext

Begründung:

In Österreich ist es Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Europaweit gibt es lt. der Austria Presse Agentur (Bericht 12.Mai 2018) kein Land in dem verhältnismäßig so viele ehrenamtlich aktiv sind, nämlich 3,3 Millionen Personen. Aus der Gruppe der 19-bis 29-jährigen ist es beinahe jede_r Zweite.

Auch prägt das Ehrenamt die Kulturlandschaft, damit auch unser tägliches Leben. Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste und Bergrettung genießen ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung.

Ehrenamtliche verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß (Stichwort: Katastrophen als Folgen des Klimawandels, lt. Global 2000 erfolgte eine Steigerung der Hochwassereinsätze um 40%) freiwillig übernommene Pflichten neben Beruf und Familie.

Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welches seit Generationen in den Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringt Menschen unterschiedlichster Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit und Zusammenhalt werden in den Vereinen hochgehalten und in Form von Ausflügen und sportlichen Aktivitäten gelebt. Das ist wesentlich für eine reibungslose Zusammenarbeit bei den Einsätzen.

Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würde den österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne

25 ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

26 Ohne Ehrenamt gäbe keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen
27 flächendeckend qualifizierten Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

28 Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern
29 bzw. immense Mehrkosten im Bundeshaushalt verursachen.

30 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sehen sich immer mehr mit Gewalt
31 konfrontiert. Sei es in Form von Beschimpfungen oder gar durch
32 Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie (im
33 Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen
34 Rettungskräfte):

35 Jedes Jahr erleben 98% der Studienteilnehmer_innen verbale Gewalt.

- 36 • Fast 6 von 10 Teilnehmer_innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im
37 Jahr davor physische Übergriffe erlebt.

- 38 • Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit
39 Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von
40 den Teilnehmern der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen
41 sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von
42 ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die
43 Gewalt sein. Für näheres siehe: [https://www.unfallkasse-
44 nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-
45 513.html](https://www.unfallkasse-nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-513.html)

46 Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die
47 Einsatzkräfte am Ort des Geschehens behindern und so das Gefahrenpotenzial für
48 Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind keine Garantie mehr, nicht
49 selbst Opfer von Gewalt zu werden.

50 In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es
51 bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der
52 Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt.
53 Einsatzorganisationen müssen stets auf neue Umstände wie den Klimawandel oder
54 demografische Entwicklungen reagieren. Längerfristige Planungen, auf zehn oder
55 zwanzig Jahre, sind dagegen schwer möglich, da sich Katastrophen (Hochwasser,
56 Starkregen, Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen.
57 Und nicht zuletzt sorgt auch die SARS-Covid-19-Pandemie für erhebliche
58 Belastungen für die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von

59 Ehrenamtlichen.
60 (Siehe:
61 [https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-tml#)
62 [tml#](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-tml#)) Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren
63 veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die
64 Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich
effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

65 **Beschluss:**

66 Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

67 Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine
68 zielgerichtetere Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der
69 ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- 70 • Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für
71 Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum
72 besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen (s. unten) und
73 weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in
74 Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.

- 75 • Erweiterung des Strafgesetzbuches um eine Zusatzziffer § 126. StGB
76 (Schwere Sachbeschädigung) bei Beschädigung, Vandalismus oder
77 Brandstiftung an der Infrastruktur.
78 Neu: “ (3) Wer mutwillig durch die Tat an der Sache, dessen Folge die
79 unwiederbringliche Inbetriebnahme von einzelnen Einrichtungen und
80 Gerätschaften, die dem Zweck der Gefahrenabwehr oder Erhaltung
81 menschlichen Lebens dienen, herbeiführt, ist mit einer Freiheitsstrafe
82 mindestens sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.”

- 83 • Entwicklung einer gemeinsamen Info-Kampagne des Innenministeriums mit dem
84 Bundesverband Rettungsdienst, Bergrettungsdienst, Zivilschutzverband
85 Österreich, Polizei und den Medien des ORF nach dem Vorbild aus
86 Deutschland. Ziel der Kampagne ist es, Interessierte zu motivieren und
87 Gewalt gegen Einsatzkräfte zu sensibilisieren.
88 Siehe <https://sicherheit.bund.de/> Die Förderung des Ehrenamts darf und kann
89 nicht allein die Aufgabe der Freiwilligenorganisationen selbst sein. Die
90 ehrenamtlichen Einsatzorganisationen handeln im Allgemeininteresse und
91 daher ist die Förderung des Ehrenamts - insbesondere die Motivierung zum
92 und die Werbung für ehrenamtliches Engagement - eine (teil-)staatliche
93 Aufgabe.

- 94
- 95
- 96
- 97
- Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt Großteils ehrenamtlich gestützten System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und besserer Bedarfsdeckung mit Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- 104
- Um die Nachwuchssorgen zu bekämpfen und bei der Mitgliedergewinnung zu unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr- und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler Strukturen (z. B. Ferienprogramme von Gemeinden ein), welche die Arbeit von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder & Jugendliche veranschaulichen und erlebbar machen.
- 105
- 106
- 107
- Vergünstigungen für Ehrenamtliche bei Nachweis der Tätigkeit durch Dienstaussweise o. ä. (z.B. vergünstigte Eintritte in Kommunalbetrieben wie Freibäder, Ermäßigung Klimaticket, Museen und Kulturstätten.
- 108
- 109
- 110
- Stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Bewerbungen in öffentlichen und landesbeteiligten Unternehmen bzw. bei Aufnahmetests für Studenten (z.B. Medizinstudium)
- 111
- 112
- 113
- 114
- 115
- 116
- 117
- 118
- 119
- 120
- 121
- Digitalisierte Abarbeitung und Dokumentation von Einsätzen soll in diesem Bereich flächendeckend verfügbar werden. Tools auf Tablet-PCs reduzieren die Zettelwirtschaft und sorgen für eine flüssigere Informationsbeschaffung. Im Fall des Rettungsdienstes kann so auch der Fokus vermehrt auf das Wesentliche des Einsatzes gelegt werden, nämlich auf die zu betreuenden Patient_innen. Eine Ankaufsaktion von Tablets über die Bundesbeschaffung ist hier sinnvoll. Wichtig dabei ist es vor allem, bei diesem Transformationsprozess die Ehrenamtlichen nicht zu bevormunden, sondern sie zwischen verschiedenen Varianten wählen zu lassen. Digitalisierung darf kein Zwang werden, sondern soll eine attraktive Option werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: Sebastian Werkl

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A6: Liberalisierung von Verwaltungsstrafen - Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!

Antragstext

1 Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe immer
2 die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen Strafmaßnahmen
3 nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung des §16 VStG
4 ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben werden. Während es im
5 Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich ist, eine
6 Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es diese
7 Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.

8 Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell
9 schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne
10 Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine
11 Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe
12 anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren,
13 kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243
14 Menschen betroffen.

15 Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein Häftling
16 im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen 144 und 151
17 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in
18 Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro
19 ausgegeben.

20 Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für
21 Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen
22 Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit
23 zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem
24 gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren.
25 Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder

26 unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.

27 Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der Ersatzfreiheitsstrafen
28 im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es aber auch keine Option,
29 Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können, straffrei davonkommen zu
30 lassen. Deshalb fordern wir JUNOS - Junge liberale NEOS, dass an die Stelle von
31 Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige
32 Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits
33 eine derartige Reform vorgelegt. Leider ist diese den darauf folgenden
34 Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis dato wurde keine neue
35 Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung dieses Missstandes im
36 Verwaltungsstrafrecht.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Peter Berry, Christoph Hofer*

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

Antragstext

1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit
2 der Bürger_innen. Das gilt auch für Fußgänger_innen im Straßenverkehr.

3 Fußgänger_innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der
4 Straße ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes
5 und des Vorrangs der Fußgänger_innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie
6 in zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger_innen eine
7 Empfehlung und keine Pflicht darstellen.

8 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden
9 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne
10 einer liberalen Gesellschaft sein.

11 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger_innen, wie diese
12 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das
13 Gesamtregelwerk und letztendlich den Rechtsstaat.

14 Weiters werden zahllose Stunden beim unnötigen Warten verschwendet, die
15 entweder in eine höhere wirtschaftliche Produktivität oder in eine bessere
16 Nutzung der Freizeit investiert werden könnten.

17 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht
18 nur einer schleichenden Unterdrückung der Bevölkerung, sondern auch letzten
19 Endes einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es
20 aus liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

21 Der öffentliche Raum gehört den Bürger_innen und nicht dem Staat. Eine
22 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor

23 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus
24 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für
25 Fußgänger_innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind
26 schleunigst zu beseitigen.

27 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des
28 § 76 StVO, welche die Möglichkeit der ungehinderten Straßenüberquerung nach
29 eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder
30 vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Lediglich auf Autobahnen soll
31 die freie Überquerung untersagt bleiben.

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A7NEU: Freier Übergang für freie Bürger_innen

Antragstext

1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit der
2 Bürger:innen. Das gilt auch für Fußgänger:innen im Straßenverkehr.

3 Fußgänger:innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der Straße
4 ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes und des
5 Vorrangs der Fußgänger:innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie in
6 zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger:innen eine Empfehlung
7 und keine Pflicht darstellen. Die Grundregel, sich bei Betreten der Fahrbahn zu
8 vergewissern, hiebei sich selbst oder andere Straßenbenützer nicht gefährden
9 oder diese übermäßig behindern, ist ausreichend.

10 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden
11 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne
12 einer liberalen Gesellschaft sein.

13 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger:innen, wie diese
14 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das Gesamtregelwerk
15 und letztendlich den Rechtsstaat.

16 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht
17 nur einer Entmündigung der Bevölkerung sondern auch letzten Endes vor allem
18 einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es aus
19 liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

20 Der öffentliche Raum gehört den Bürger:innen und nicht dem Staat. Eine
21 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor
22 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus
23 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für Fußgänger:innen
24 bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind schleunigst zu beseitigen.

25 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des §
26 76 StVO, welche die Möglichkeit der straflosen Straßenüberquerung nach eigener
27 Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder vorgegebener
28 Überquerungsgelegenheit veranlasst wenn es die Verkehrslage zulässt. Eine
29 Fußgängerampel soll eine reine Vorrangregelung darstellen. In Anlehnung an §106
30 des Kraftfahrzeuggesetzes (Gurtpflicht) sehen wir Fußgänger:innen ab einem Alter
31 von 14 Jahren somit selbst in der Verantwortung, wann und wo sie die Straße
32 überqueren wollen. Lediglich auf Autobahnen, Autostraßen und Schnellstraßen und
33 Schnellstraßen und Autostraßen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Sophie Hrnccek, Silvio Junger*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Weitere Anträge*

A8: Ein freies Europa für alle

Antragstext

1 Situiert zwischen Russland, der Ukraine, Polen, Litauen und Lettland im Osten
2 Europas liegt der Binnenstaat Belarus, welcher 1991 zur Republik ausgerufen
3 wurde, aber seit 1994 von einem Mann, Alexander Lukaschenko, regiert wird. Heute
4 gilt das System des Präsidenten als Autokratie mit eindeutigen Einschränkungen
5 liberaler und demokratischer Grundrechte. Das harte Vorgehen Lukaschenkos gegen
6 Kritiker des Regimes und die Opposition zeigt den mangelnden Respekt vor
7 rechtsstaatlichen Grundrechten sowie demokratischen Werten, ersichtlich an der
8 Wiedereinführung der Todesstrafe bei Hochverrat³. Auch die prorussische
9 Orientierung und die starke Unterstützung des russischen Angriffskrieges in der
10 Ukraine zeigen klar die Ausrichtung der Diktatur¹.

11 Als Resultat der manipulierten Wahlen des 9. Augusts 2020 begann eine noch
12 stärkere Unterdrückung der Oppositionellen, die ca. eine halbe Million
13 Belarus:innen zur Flucht gezwungen hat. Egal ob sie Migrant:innen, Diaspora oder
14 Flüchtlinge sind, stehen die im Ausland lebenden Belarus:innen vor einer
15 gemeinsamen Herausforderung, die sich aus dem Grund ergibt, warum sie ihr Land
16 verlassen haben. Wie Bürgerrechtlerin und Oppositionskandidatin Zichanouskaja
17 vor dem EU-Parlament 2023 gesagt hat: „Europe is where we come from. And it’s
18 where we are headed.“².

19 Die meisten von diesen 500.000 Belarus:innen in Europa können nicht sicher nach
20 Belarus reisen. Seit diesem September ist es jedoch nicht mehr möglich, einen
21 Reisepass im Ausland zu erneuern. Das bedeutet, sie müssen nach Belarus
22 zurückkehren, um diesen zu erlangen, was den rechtlichen Status von
23 Hunderttausenden Belarus:innen, Europäer:innen, gefährdet. Polen, Lettland und
24 Litauen stellen bereits lebensrettende Visa und Reisegenehmigungen aus, um
25 fliehenden Belarus:innen zu helfen².

26 Die demokratische Bewegung in Belarus arbeitet seitdem daran, nationale

27 belarusische Pässe auszustellen. Dieses Dokument soll so als Reisedokument und
28 Bestätigung der Staatsbürgerschaft dienen, für Belarus:innen, die im Exil leben.
29 Als Beispiel werden die baltischen Staaten herangezogen, die während der
30 sowjetischen Besatzung ihre Pässe im Exil ausgestellt haben². Für Belarus als
31 europäisches Land soll hier Unterstützung von EU-Ländern kommen, die diese
32 Dokumente anerkennen um es belarusischen Staatsbürger:innen zu ermöglichen, frei
33 in Europa leben zu können.

34 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS begrüßen die Initiative der Ausstellung von
35 Pässen der demokratischen Bewegung in Belarus und fordern die Anerkennung dieser
36 innerhalb der EU.

37 Lukaschenko muss zur Rechenschaft gezogen werden und die belarusischen
38 Flüchtlinge müssen eine Chance bekommen, ebenfalls als freie Europäer:innen
39 leben zu dürfen. Die Einschränkung der liberalen und demokratischen Grundrechte
40 erachten wir JUNOS – Junge liberale NEOS als verheerend und unterstützen die
41 europäische Aussicht Belarus'. Kurzfristig wird das den Geflüchteten helfen, ihr
42 Leben im Exil, ohne rechtliche Gefährdung, zu leben. Langfristig soll das einer
43 Demokratisierung des Landes helfen als auch einer Integration Belarus' in die
44 Europäische Union unter anderem durch einen erleichterten Zugang zum
45 Arbeitsmarkt wie bei Ukrainischen Geflüchteten.

46 ¹<https://osteuropa.lpb-bw.de/belarus-demokratie-rechtsstaatlichkeit>

47 ²<https://tsikhanouskaya.org/en/events/news/d0dda672878e974.html>

48 ³ Auslegung ist Sache der Gerichte: Belarus führt Todesstrafe bei Hochverrat ein
49 - n-tv.de

ANTRAG

*Antragsteller*in: Sarah Sinkovits, Peter Berry, Wenzel Röhnsner, Christoph Müller, Ines Holzegger, Anna Stürgkh, Yannick Shetty, Yousef Hasan, Julian Fritsch, Sophie Wotschke, Fabienne Lackner*

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A9: Land der Berge, Land der Spione

Antragstext

1 In den Tagen vor diesem Bundeskongress sind erschütternde Details zu einem
2 wahren Spionageskandal im tiefsten Inneren der Republik an die Öffentlichkeit
3 gelangt. Die konkreten Vorwürfe rund um Egisto Ott und Martin Weiss bedürfen
4 dringender Aufklärung. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hier nicht um einen
5 Einzelfall, sondern um ein Sittenbild handelt, das von einer untragbaren
6 laissez-faire Haltung im Umgang mit vertraulichen Daten, Staatsgeheimnissen,
7 Spionage und dem Einfluss Russlands in und auf Österreich zeugt. Schon seit
8 Jahren und spätestens seit der BVT-Affäre gelten die österreichischen
9 Geheimdienste als russische Hintertür in Europa - und Österreich als bevorzugtes
10 Operationsgebiet ausländischer Geheimdienste.

11 Wie unfassbar unzureichend der österreichische Gesetzgeber in Bezug auf die
12 Strafbarkeit von Spionage gehandelt hat, zeigt eine Anfragebeantwortung des
13 Justizministeriums aus Juli 2023¹¹. Seit 2002 kam es lediglich zu drei
14 Verurteilungen aufgrund des Spionage-Paragrafen - vor allem, weil lediglich
15 Spionage zum Nachteil Österreichs strafbar ist. Hier besteht dringender
16 Reformbedarf, damit Österreich nicht länger ein Hort der - insbesondere
17 russischen - Spionage bleibt.

18 Diese Situation dürfen wir nicht mehr länger hinnehmen. Die oben genannten
19 Umstände gefährden nicht nur die Sicherheit der österreichischen Bürger:innen,
20 sondern jene der gesamten Europäischen Union und unserer westlichen Verbündeten.

21 Deshalb fordern wir JUNOS - Junge Liberale NEOS folgende dringende Reformen:

- 22 • Ausweitung des Straftatbestands Spionage auf Spionage zum Nachteil von
23 Drittstaaten und internationalen Organisationen

- 24 • Aufstockung der Personalressourcen in der DSN
- 25 • Sofortige Suspendierung von Beamten bei substantiiertem Spionageverdacht
- 26 • Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den
27 Verbindungen zwischen Russland, den österreichischen Parteien sowie
28 öffentlich Bediensteten
- 29 • Reduktion der russischen Delegation bei den diplomatischen Vertretungen in
30 Österreich auf ein absolutes Minimum
- 31 • Eingeschränktere bzw. reduzierte Visavergabe an russische
32 Staatsbürger:innen

33 ^[1] https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/14551/imfname_1576035.pdf

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A9NEU: Land der Berge, Land der Spione

Antragstext

1 In den Tagen vor diesem Bundeskongress sind erschütternde Details zu einem
2 wahren Spionageskandal im tiefsten Inneren der Republik an die Öffentlichkeit
3 gelangt. Die konkreten Vorwürfe rund um Egisto Ott und Martin Weiss bedürfen
4 dringender Aufklärung. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hier nicht um einen
5 Einzelfall, sondern um ein Sittenbild handelt, das von einer untragbaren
6 laissez-faire Haltung im Umgang mit vertraulichen Daten, Staatsgeheimnissen,
7 Spionage und dem Einfluss Russlands in und auf Österreich zeugt. Schon seit
8 Jahren und spätestens seit der BVT-Affäre gelten die österreichischen
9 Geheimdienste als russische Hintertür in Europa - und Österreich als bevorzugtes
10 Operationsgebiet ausländischer Geheimdienste.

11 Wie unfassbar unzureichend der österreichische Gesetzgeber in Bezug auf die
12 Strafbarkeit von Spionage gehandelt hat, zeigt eine Anfragebeantwortung des
13 Justizministeriums aus Juli 2023¹¹. Seit 2002 kam es lediglich zu drei
14 Verurteilungen aufgrund des Spionage-Paragrafen - vor allem, weil lediglich
15 Spionage zum Nachteil Österreichs strafbar ist. Hier besteht dringender
16 Reformbedarf, damit Österreich nicht länger ein Hort der - insbesondere
17 russischen - Spionage bleibt.

18 Diese Situation dürfen wir nicht mehr länger hinnehmen. Die oben genannten
19 Umstände gefährden nicht nur die Sicherheit der österreichischen Bürger:innen,
20 sondern jene der gesamten Europäischen Union und unserer westlichen Verbündeten.

21 Deshalb fordern wir JUNOS - Junge Liberale NEOS folgende dringende Reformen:

- 22 • Ausweitung des Straftatbestands Spionage auf Spionage zum Nachteil von
23 Drittstaaten und internationalen Organisationen

- 24 • Aufstockung der Personalressourcen in der Direktion Staatsschutz und
25 Nachrichtendienst (DSN)

- 26 • Sofortige Suspendierung von Beamten bei substantiiertem Spionageverdacht

- 27 • Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den
28 Verbindungen zwischen Russland, den österreichischen Parteien sowie
29 öffentlich Bediensteten

- 30 • Reduktion der russischen Delegation bei den diplomatischen Vertretungen in
31 Österreich auf ein absolutes Minimum, mit besonderem Augenmerk auf der
32 Ausweisung von administrativ-technischem Personal

- 33 • Eingeschränktere bzw. reduzierte Visavergabe an russische
34 Staatsbürger:innen

35 ^[1] https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/14551/imfname_1576035.pdf